

## „Habeck hat beschlossen, den Osten mit Windkraftanlagen zuzubauen“

Welt, 17.05.2023, Sebastian Beug

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus245371762/Wind-an-Land-Gesetz-Habeck-hat-beschlossen-den-Osten-mit-Windkraftanlagen-zuzubauen.html#:~:text=%E2%80%9EHabeck%20hat%20beschlossen%2C%20den%20Osten%20mit%20Windkraftanlagen%20zuzubauen%E2%80%9C,-Stand%3A%2009%3A00&text=Zwei%20Prozent%20der%20Landesfl%C3%A4che%20Deutschlands,B%C3%BCrger%20auf%20dem%20Land%20bedeutet.>

Zwei Prozent der Landesfläche Deutschlands sollen für die Stromerzeugung mit Windkraft genutzt werden. In der Uckermark zeigt sich, was das für Bürger auf dem Land bedeutet. Im Dorf Blankenburg ist das Ziel erreicht. Trotzdem soll weitergebaut werden. Die Bürger fühlen sich betrogen.

Jede Menge Wind gibt es in der Uckermark. Eiskalt pfeift er über die Endmoränenlandschaft und schiebt die Rotorblätter der Windräder an. Karl-Heinz Seedorf, Rentner und Jäger, steht auf einer Anhöhe und zeigt auf mehrere der Anlagen. Rund 200 Meter sind sie hoch. Weiter hinten, beim Nachbardorf, wird gerade ein noch größeres Windrad errichtet. „Und im Fernsehen haben sie gezeigt, dass in Brandenburg an einer Anlage gearbeitet wird, die fast so groß wie der Berliner Fernsehturm werden soll“, sagt er.

Mit dem Finger beschreibt der 67-Jährige einen Halbkreis entlang des Horizonts. Überall stehen Windräder, Dutzende in einem Park und Hunderte in der Region. Sie sind zu einem Wahrzeichen der Uckermark geworden. Und nach dem Willen der Bundesregierung sollen es noch mehr werden.

Das Wind-an-Land-Gesetz, das im Februar in Kraft getreten ist, schreibt vor, dass bis Ende 2032 zwei Prozent der bundesweiten Fläche für Windenergie genutzt werden sollen. Bislang sind es 0,8 Prozent. Windreiche Länder wie Niedersachsen und Brandenburg sollen mit 2,2 Prozent der Landesfläche mehr beitragen als Bayern und Baden-Württemberg mit 1,8 Prozent oder die Stadtstaaten. Scheitert ein Land bis 2027 damit, Zwischenziele zu erfüllen, treten die bisher gültigen landesspezifischen Abstandsregeln außer Kraft. Verantwortlich für das Gesetz ist Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne).

In einem Dorf in der Uckermark zeigt sich, was es für die Bevölkerung auf dem Land bedeutet, wenn die geforderte Flächenvorgabe umgesetzt wird. Der Windpark „Hohengüstow“ bei Blankenburg, in dem schon jetzt 19 Anlagen stehen, soll sich nach den Plänen von Land und Kommune u-förmig weiter um den Ort und seinen See ziehen. Statt zwei wären dann elf Prozent der Gemeindefläche mit Windkraft belegt. Und einige Anlagen sind darin noch gar nicht eingerechnet.

*„Windwahn? Nein danke!“*

Die meisten Bürger in Blankenburg lehnen die Pläne ab. „Windwahn? Nein danke!“ steht auf Transparenten an den Zäunen von Einfamilienhäusern in dem sonst ruhigen Dörfchen. „Zwei Prozent Landesfläche in Deutschland hört sich nach wenig an“, sagt Karl-Heinz Seedorf, „aber für uns sind es eben deutlich mehr als zwei Prozent.“

Seedorf, ein ehemaliger Landmaschinenhändler, engagiert sich in einer Bürgerinitiative gegen den Windkraftausbau und vertritt sie auch nach außen. Er und seine Mitstreiter schreiben Petitionen, gehen zu Sitzungen, haben Kommunalpolitiker und Landtagsabgeordnete zu einer Diskussion eingeladen. Erste Erfolge gibt es bereits: Die Gemeindevertretung sprach sich gegen die Erweiterung des Windparks „Hohengüstow“ aus. Auch in anderen Dörfern gibt es Proteste. Sie eint das Gefühl, dass ihre Heimat für die Energiewende geopfert und zu einer großen Windfarm werden soll.

Mit den bestehenden Anlagen östlich des Dorfes Richtung Autobahn A11 müsse und könne man leben, sagt Seedorf. Bei einer Erweiterung westlich des Dorfes befürchtet er eine größere Belästigung durch Lärm und Infraschall, dessen Auswirkungen allerdings in der Wissenschaft umstritten sind. Er sorgt sich um das Landschaftsbild, um den Wert der Häuser und die Attraktivität für Touristen – einer der wenigen verbliebenen Wirtschaftsfaktoren. „Wirtschaftsminister Robert Habeck zerstört unsere Heimat“, sagt Seedorf. „Er hat beschlossen, den Osten mit Windkraftanlagen zuzubauen.“

### *Kommunen müssen Flächen für Windkraft ausweisen*

Die Landrätin der Uckermark, Karina Dörk, hat Verständnis für den Bürgerprotest. Dörk ist Unternehmerin und CDU-Politikerin aus der Region, seit fünf Jahren steht sie an der Spitze des Landkreises. Sie wohnt in einem Dorf bei der Kreisstadt Prenzlau. „Wenn ich vor meinem Haus stehe, dann komme ich auf 111 Windkraftanlagen, die ich sehen kann. Das ist die Dichte, die wir hier in der Uckermark in sehr vielen Orten bereits haben“, sagt sie.

Trotzdem verteidigt sie die Ausbaupläne. „Sicherlich ist der Blick auf einen Windpark an der ein oder anderen Stelle für die Anwohner nicht schön“, sagt Dörk. Aber grundsätzlich sei die Vorgabe, 2,2 Prozent Brandenburgs für Windkraft zu nutzen, kein Problem. In der Uckermark sei dieses Ziel bereits erreicht, sagt die Landrätin. Warum aber soll dann der Windpark in Blankenburg, dem Heimatdorf von Karl-Heinz Seedorf, doppelt so groß werden wie bisher?

Um dieses Kuriosum zu verstehen, ist es notwendig, sich mit der Raumplanung zu befassen. In den meisten Bundesländern werden mehrere Landkreise zu einer Planungsregion zusammengefasst, für die die Flächenvorgaben dann gelten. Die Uckermark muss die Vorgabe gemeinsam mit dem Landkreis Barnim erfüllen, der, an Berlin grenzend, dichter besiedelt ist.

Kern des Wind-an-Land-Gesetzes ist die Ausweisung von Gebieten, in denen der Bau von Windkraftanlagen für Investoren einfacher möglich sein soll. Die zuständige gemeinsame Planungsbehörde der Landkreise Uckermark und Barnim berücksichtigt dafür Abstände von 1000 Metern zu Siedlungen, Natur- und Vogelschutzvorgaben und sogar die Sichtbeeinträchtigung von Gartendenkmälern. Nur Windmessungen finden nicht statt, weil die gesamte Uckermark grundsätzlich „ausreichende Windverhältnisse für die Nutzung der Windenergie“ bietet, wie es auf Anfrage heißt.

„Aus einer Ausschlussplanung wird eine Angebotsplanung“, sagt Landrätin Dörk. Sie hält die Ausweisung von sogenannten Windeignungsgebieten für den richtigen Weg, da sonst Betreiber grundsätzlich überall Windräder errichten könnten, wo

Immissionsschutzwerte und die tierökologischen Abstandskriterien eingehalten würden.

### *Repowering hat Akzeptanz für Windkraft verringert*

An einem Nachmittag trifft sich Karl-Heinz Seedorf in einem Hotelcafé im Nachbarort mit einem Mitstreiter der Bürgerinitiative. Hartmut Kühler betreibt eine Tischlerei mit vier Mitarbeitern in Blankenburg und vermietet zwei Ferienhäuser. „Die Meinungen sind geteilt“, sagt Kühler. „Es gibt Gäste, gerade auch aus dem politischen Berlin, die haben nichts gegen Windkraft. Andere sind irritiert, dass schon jetzt so viele Windräder neben dem Ort stehen.“

Seedorf und Kühler befürchten nicht nur eine Zerstörung ihrer Heimat, sie zweifeln auch grundsätzlich an dem Ziel, zwei Prozent der Fläche in Deutschland mit Windkraft- oder auch Solaranlagen zuzubauen. Es fallen Stichworte wie Fachkräftemangel, Dunkelflaute, Netzausbau. Tatsächlich werden an windreichen Tagen im bestehenden Windpark bei Blankenburg einige der 19 Anlagen im Wechsel abgeschaltet, weil die erzeugte Strommenge nicht abtransportiert werden kann. Eine Leitung nach Berlin, die 17 Jahre lang geplant wurde, ist nun immerhin im Bau.

Auf einem DIN-A4-Ausdruck zeigt Seedorf auf eine große, grau schraffierte Fläche – das Windeignungsgebiet um Blankenburg. Acht bestehende Anlagen am Rande der Fläche sind nicht Teil des Windeignungsgebietes und werden auch nicht in das Zwei-Prozent-Flächenziel der Regierung einberechnet. Die Planungsbehörde argumentiert, dass die bestehenden Anlagen die Planungskriterien nicht mehr erfüllen, nur einen Bestandsschutz haben und nicht ersetzt werden dürfen.

Seedorf und Kühler glauben das nicht. Sie verweisen auf das Repowering, also die Möglichkeit, ältere Windkraftanlagen durch effizientere zu ersetzen. „Es hieß: Für drei kleine Anlagen bauen wir eine große“, sagt Seedorf. „Das ist eine Lüge. Inzwischen stehen überall große Anlagen.“ Die Windenergiebranche hat mit diesem Vorgehen Akzeptanz verspielt.

Doch die Männer sehen nur geringe Chancen, die Pläne zu stoppen. Sie sind Bürger einer der am dünnsten besiedelten Ecken im Land, politische Unterstützung einer Partei haben sie nicht. „Wir wissen eigentlich auch, dass wir gegen Windmühlen kämpfen“, sagt Seedorf. „Trotzdem wollen wir weitermachen.“